8435

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bewilligung eines Objektkredites für den Erwerb von Land und die Erstellung eines Gebäudes für die Generaldirektion PTT in Bern

(Vom 26. Februar 1963)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir beehren uns, Ihnen eine Botschaft über den Landerwerb und die Erstellung eines Gebäudes für die Generaldirektion PTT in Bern zu unterbreiten, die wir Ihnen mit unserer Botschaft vom 7. Januar 1958 über die Bewilligung von Objektkrediten für PTT-Betriebsgebäude im Zusammenhang mit den PTT-Bauten für die technischen Dienste in Bern-Ostermundigen bereits angekündigt haben.

Die PTT-Betriebe in Zahlen

Bevor wir auf das Bauprojekt eingehen, sei kurz auf die Bedeutung der PTT-Betriebe für unser Land und dessen Wirtschaft hingewiesen. Die PTT treten dabei in zweifacher Eigenschaft auf: einmal als Anstalt des Bundes, die mit der Durchführung des Post-, Telephon-, Telegraphen- und Telexverkehrs und der technischen sowie administrativen Seite von Radio und Fernsehen betraut ist, und ferner als Arbeitgeber und Auftraggeber an Industrie, Gewerbe und Verkehr.

Damit die PTT-Betriebe die ihnen übertragenen Aufgaben im Dienste der Bevölkerung erfüllen können, stellen sie ihren Kunden 4085 Poststellen zur Verfügung. Sie vermittelten im Jahre 1962 2782 Millionen Briefpostgegenstände. Pakete, Drucksachen usw. und behandelten 350 Millionen Aufträge im Geld- und Bankpostverkehr mit einem Gesamtumsatz von 258 Milliarden Franken. Um dem Postbenützer eine möglichst rasche Dienstleistung zu garantieren, lässt die Post täglich ihre Bahnpostwagen in 1100 Zügen verkehren; dazu benützt sie

noch weitere rund 1900 Züge für die Postbeförderung. Eine besondere Aufgabe erfüllen die PTT-Betriebe im Dienste abgelegener Berggebiete. Ihre Postautolinien, die sehr oft die Fortsetzung der Bahn in weniger bevölkerte Gebiete übernehmen, bedienen auf ihren täglichen Fahrten von 55 000 km nahezu 2500 Ortschaften; das Streckennetz misst 6500 km und ist damit mehr als doppelt so lang als jenes der SBB.

Die Bedeutung der Fernmeldedienste zeigt sich am eindrücklichsten, wenn einem Bewerber kein Telephonanschluss zugeteilt werden kann, weil die dazu erforderlichen Kabel fehlen oder die Ausrüstungen der Telephonzentrale voll belegt sind. Heute können gewisse Berufe ohne Telephon kaum mehr ausgeübt werden. Die PTT-Betriebe unternehmen denn auch alles, damit ihre Einrichtungen den neuesten Erkenntnissen der Technik entsprechen. An das in der Schweiz vollständig automatisierte Telephonnetz waren Ende 1962 mehr als 1,2 Millionen Abonnenten mit fast 1,9 Millionen Apparaten angeschlossen. Über 940 Telephonzentralen und 7,5 Millionen km Draht vermittelten die PTT 1962 gegen 1400 Millionen Gespräche. Die PTT betreiben 71 Rundspruchsender (Mittel-, Kurzwellen- und UKW-Sender) und strahlen das Programm an über 1,5 Millionen Radio- und Telephonrundspruchhörer aus. Die bald 300 000 Fernsehteilnehmer empfangen das schweizerische Programm über 29 Sender und Umsetzer der PTT.

Die PTT besorgen aber nicht nur den Post-, Telephon- und Telegraphendienst in der Schweiz, sondern stellen die Verbindung mit der gesamten Welt her. Die Schweiz verfügt täglich über mehr als 650 direkte Postverbindungen (sogenannte Kartenschlüsse) auf dem Land- und Seeweg mit dem Ausland, wozu noch rund 550 Luftpostverbindungen kommen. Das Telephon vermittelt jährlich 32 Millionen Auslandgespräche, wovon der grösste Teil praktisch ohne Wartezeit hergestellt wird, und übermittelt 4,9 Millionen Telegramme im Auslandverkehr.

Zur Erfüllung all dieser Aufgaben stehen den PTT-Betrieben rund 1200 eigene Liegenschaften zur Verfügung, wozu noch über 5000 gemietete oder von Stelleninhabern bereitgestellte Lokale kommen.

Der Anschaffungswert der Telephonzentralen, Kabel, Liegenschaften und der über 4000 Motorfahrzeuge beläuft sich auf 3,3 Milliarden Franken. Mit diesen Anlagen werden die PTT-Betriebe im Jahre 1962 voraussichtlich Betriebseinnahmen von rund 1540 Millionen Franken erzielt haben, und für 1963 sieht der Voranschlag 1687 Millionen Franken vor. In den vergangenen zehn Jahren betrug der Reingewinn rund 698 Millionen Franken.

Nach dem investierten Kapital, den Einnahmen und dem Personalbestand von fast 40 000 Bediensteten sind die PTT-Betriebe das zweitgrösste Unternehmen des Landes. Es kommt ihnen deshalb auch eine erhebliche Bedeutung als Arbeitgeber und Auftraggeber an die Wirtschaft zu. Nach dem Voranschlag für 1963 erreicht der Personalaufwand der PTT-Betriebe 634 Millionen Franken, die zum grössten Teil über die Löhne wieder der schweizerischen Volkswirtschaft zufliessen. Grosse Bedeutung kommt den PTT-Betrieben aber auch

als Auftraggeber für das Baugewerbe, die Bahnen und Fluggesellschaften sowie die Industrie und das Gewerbe bei der Erstellung von Telephonzentralen, Kabelanlagen und bei der Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen, Dienstkleidern, Papier, Treibstoffen usw. zu, haben sie doch dafür in den zehn Jahren 1952–1961 einen Betrag von insgesamt 3,9 Milliarden Franken aufgewendet.

Die Organisation der Generaldirektion

Die vielseitigen PTT-Betriebe, die vom Markendruck bis zum Postbahnhof und vom Fernschreiber bis zum vollautomatisierten Telephonnetz zahlreiche verschiedenartige Dienste und Anlagen umfassen, werden von einer Zentrale aus geleitet, der Generaldirektion.

Nach der Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1961 zum Bundesgesetz über die Organisation der PTT-Betriebe obliegt der Generaldirektion die allgemeine Geschäftsführung. Sie ist für alle Geschäfte zuständig, die nicht der Bundesversammlung, dem Bundesrat oder dem Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartement vorbehalten sind. Die Geschäfte der Generaldirektion werden auf drei Departemente verteilt, von denen jedes unter der Leitung eines Generaldirektors steht.

Die Generaldirektion PTT ist wie folgt gegliedert:

Generalsekretariat

1. Information
2. Betriebswirtschaft und Organisation
3. Material

Rechtsabteilung

1. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
2. Rechtswesen

Bibliothek und Dokumentation

Presse

Post-Departement

Postdienste

Automobilabteilung

1. Betrieb
2. Fahrzeugbeschaffung
3. Technische Kontrolle
4. Kommerzielles

Postbetriebsabteilung

1. Ortspost
2. Postverbindungen Inland
3. Ausland
4. Feldpost

Postcheckabteilung

1. Allgemeine Verwaltung
2. Revisorat
3. Organisation und Betrieb

Posttechnik

Wertzeichen und Drucksachen

1. Fabrikation
2. Postwertzeichen
3. Drucksachen

Fernmelde-Departement

Fernmeldedienste

Telephon- und Telegraphenabteilung

1. Zentralenbau
2. Telephonbetrieb
3. Teilnehmeranlagen
4. Verkehr und Tarife
5. Telegraph

Linienabteilung

1. Planung
2. Linienbau
3. Linienausrüstungen
4. Schutzmassnahmen und technische Dienste

Radio- und Fernsehabteilung

1. Rundspruch
2. Fernsehen
3. Allgemeine Radioangelegenheiten

Baumaterial- und Werkstätteabteilung

1. Kommerzielle Sektion
2. Lagerverwaltung
3. Werkstätte und Transporte

Administrative Sektion

Forschung und Versuche

1. Materialprüfung
2. Niederfrequenztechnik
3. Hochfrequenztechnik

Experte für Fernsehfragen

Finanz-, Hochbau- und Personal-Departement

Finanzabteilung

1. Finanzinspektorat PTT
2. Kassen- und Buchführung
3. Verkehrsabrechnung
4. Finanzhaushalt
5. Lochkartensektion PTT

Hochbauabteilung

1. Bau
2. Liegenschaften

Personalabteilung

1. Rekrutierung und Ausbildung
2. Allgemeine Personalfragen
3. Personalfürsorge

Heutige Unterbringung der Generaldirektion

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren die verschiedenen Abteilungen der Generaldirektion, mit Ausnahme der Automobilwerkstätte Stöckacker-Bümpliz, der Zentralmagazine für die Fernmeldedienste Bern-Ostermundigen und der Wertzeichendruckerei, in der Hauptpost in Bern und im benachbarten Verwaltungsgebäude an der Speichergasse 6 zusammengefasst. Als im Jahre 1943 im Gebäude Speichergasse 6 zwei neue Flügelanbauten bezogen werden konnten, war die Annahme berechtigt, der Raumbedarf der Generaldirektion sei für längere Zeit gedeckt.

Die nach dem Krieg eingetretene gewaltige Verkehrszunahme bei den PTT und die Übertragung neuer Aufgaben blieben auf den Raumbedarf der Generaldirektion nicht ohne Einfluss. Zunächst versuchte man, die bestehenden Generaldirektionsgebäude (Hauptpost und Speichergasse 6) beizubehalten und die organisch zusammengehörenden Dienstzweige der Generaldirektion am Bollwerk und seiner unmittelbaren Umgebung zu konzentrieren. Dieser Versuch ist endgültig gescheitert. In der nähern Umgebung des Bollwerks konnten keine Grundstücke erworben werden, die einen zweckmässigen Erweiterungsbau der Generaldirektion erlaubt hätten. Wir verweisen auf die Bemühungen zur Überbauung des Amthausareals, der Reitschule, des Tierspitals und des Lorrainebrückenkopfes. Trotz allen Anstrengungen liess sich die Zusammenziehung der Dienste im Bollwerkgebiet nicht verwirklichen. Im Gegenteil: eine zunehmende Zersplitterung konnte nicht verhindert werden, indem folgende Dienste der Generaldirektion in andere Gebäude verlegt werden mussten:

1949 Die Automobilabteilung aus der Speichergasse 6 in gemietete Räume an der Moserstrasse;

1949 Der Lochkartendienst aus der Speichergasse 6 provisorisch nach Zürich;

1950 Die Sektion Revisorat der Checkabteilung von der Hauptpost in den neuen Südtrakt der PTT-Anlagen in der Engehalde;

1952 Die Abteilung Radio- und Fernsehdienste von der Speichergasse 6 in die für den späteren Ausbau bestimmten Räume der Telephonquartierzentrale Breitenrain;

1954 Zwei Sektionen der Checkabteilung aus der Hauptpost in gemietete Räume an der Speichergasse 29;

1955 Arbeitsgruppen der Hochbauabteilung aus der Speichergasse 6 in das Gebäude Bollwerk 21;

1956 Die Apparatemagazine und die Telephonwerkstätte der Abteilung Baumaterial und Werkstätten sowie die Sektion Materialprüfung der Abteilung Forschung und Versuche aus der Speichergasse 6 in neue PTT-Lokale in Ostermundigen;

1958 Zwei Sektionen der Checkabteilung in den Nordtrakt der PTT-Gebäude an der Engehalde. Die Feldpostdirektion, eine Arbeitsgruppe der Rechtsabteilung (von der Hauptpost) und Arbeitsgruppen der Personalabteilung und der Telephon- und Telegraphenabteilung (von der Speichergasse 6) an die Speichergasse 29;

1958 Die Abteilung Radio und Fernsehen (vom Telephongebäude Breitenrain), die Sektion Posttechnik, die Sektion Ausland der Postbetriebsabteilung und die Sektion Betriebswirtschaft und Organisation (von der Hauptpost) an die Schwanengasse 10 und 12;

1958 Ein Teil der Materialmagazine in gemietete Lokale der Handelshof AG im Wankdorffeld;

1959 Der Radiodienst der Telephondirektion Bern an die Schwanengasse 10, um die Erweiterung der Wertzeichenverkaufsstelle der Generaldirektion im Transitpostgebäude zu ermöglichen;

1959 Arbeitsgruppen der Rechtsabteilung aus der Hauptpost und von weiteren Teilen der Hochbauabteilung in neu gemietete Räume im Gebäude Bollwerk 21;

1959 Die Rohrpostgruppe der Sektion Schutzmassnahmen und technische Dienste in neue Mieträume im Ryffligässchen 15;

1959 Die restlichen Materialmagazine von der Hauptpost nach dem Handelshof im Wankdorffeld;

1959 Die Arbeitsgruppen Kabeltechnik, Radio-Störbekämpfung, UKW-Rundspruch und drahtlose Teilnehmereinrichtungen der Abteilung Forschung und Versuche aus der Speichergasse 6 in das Gebäude der Telephonquartierzentrale Breitenrain;

Unterbringung der Generaldirektion PTT in der Stadt Bern am 1. Januar 1963

1960 Die Sektion Kommerzielles der Automobilabteilung von der Moserstrasse in das PTT-Gebäude Bern-Viktoriaplatz; die Materialsektion (Beschaffungsbeamte) von der Hauptpost in das PTT-Gebäude Viktoriaplatz;

1961 Die Rohrpostgruppe der Sektion Schutzmassnahmen und technische Dienste der Linienabteilung und das Montagebüro an die Aarbergergasse 30–36 (bisher Ryffligässchen 15); eine Sektion der Linienabteilung, eine Gruppe der Personalabteilung sowie weitere Gruppen der Hochbauabteilung von der Hauptpost und der Speichergasse 6 an das Sternengässchen 1 und die Aarbergergasse 30–36;

1961 Die Dienstgruppe Ostschweiz der Bausektion aus der Speichergasse 6 in das Ryffligässchen 15;

1962 Die Sektion Betriebswirtschaft und Organisation aus der Schwanengasse und die Sektion Telegraph aus der Speichergasse 6 an die Neuengass-Passage 2;

1962 Zwei Dienstgruppen der administrativen Sektion der Fernmeldedienste aus der Speichergasse 6 an die Aarbergergasse 29.

Zu Beginn des Jahres 1963 war die Generaldirektion in Bern auf 40 Gebäude aufgeteilt. Eine Möglichkeit, die Dienste wieder zu konzentrieren, besteht heute nicht; im Gegenteil: die Aufsplitterung nimmt weiter zu. Auf den Herbst 1963 müssen wiederum neue Lokale an der Neuengasse und Aarbergergasse gemietet werden. Selbst innerhalb der gleichen Abteilung, ja derselben Sektion sind die Arbeitsplätze auseinandergerissen. Die zum Teil erheblichen Entfernungen hemmen den Arbeitsablauf; Besprechungen, die nicht auf telephonischem Wege möglich sind, können nur unter grossem Zeitverlust stattfinden; kurz, der Arbeitsertrag nimmt infolge dieser äussern Umstände fortwährend ab. Die Aufwendungen für unproduktive Arbeiten, wozu auch die Kosten der Kurierdienste zählen, sind frankenmässig nur schwer zu bestimmen. Bekannt sind dagegen die Kosten der in Bern für die Unterbringung der Generaldirektion gemieteten Räume. Diese betrugen am 1. Januar 1963 644 000 Franken pro Jahr.

Weshalb ist die Generaldirektion dezentralisiert untergebracht?

a., Personalbestand

In den Diensten der Generaldirektion der PTT-Betriebe arbeiteten Ende 1962 2126 Personen. Davon erfüllen 971 Bedienstete, d.h. fast die Hälfte des Personalbestandes der Generaldirektion, ausschliesslich Betriebsaufgaben und sind in den zentralisierten Betrieben beschäftigt (Postcheckrevisorat, Lochkartensektion, Wertzeichendruckerei, Wertzeichenverkaufsstelle, Materialprüfung, zentrale Magazine usw.). Hier wirkt sich jede Verkehrsvermehrung direkt auf den Personalbestand aus. Einen zusätzlichen Personalbedarf hatte die Zentralisierung von Arbeiten zur Folge, die früher in den Kreisen und Betriebsämtern besorgt, dann aber aus Gründen der Rationalisierung von der Generaldirektion

übernommen wurden. Die zentralisierten Betriebe sind bereits definitiv untergebracht oder werden es in absehbarer Zeit sein, so dass sich hier keine Probleme ergeben.

Schwierigkeiten in der Unterbringung verursachen dagegen die eigentlichen Verwaltungsdienste der Generaldirektion, wo 1155 Personen die Aufgaben bewältigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Generaldirektion PTT nicht nur die oberste Leitung eines bedeutenden Verkehrsbetriebes ausübt, sondern auch für die Planung und den Bau der technischen Anlagen verantwortlich ist. Die Fortschritte wissenschaftlich-technischer Forschung zeigen fortwährend vielfältige neue Möglichkeiten, wodurch den PTT zusätzliche Aufgaben erwachsen. Aus der letzten Zeit seien insbesondere erwähnt:

- Entwicklung von postbetriebstechnischen Anlagen (Checksortiermaschine, Briefsortiermaschine, Mikrofilmverfahren, Fernsehübertragung für den Checkdienst, Briefadressierautomat, elektropneumatische Banknotenzählmaschine),
- Vereinfachung des Güterumschlages,
- betriebliche Umgestaltung (Nachnahmeverfahren, Einzahlungskartenverfahren, Bahnposten über die Landesgrenzen hinaus),
- Motorisierung der Post- und Fernmeldebetriebe,
- Einführung der Mehrfachtelephonie (Träger- und Koaxialkabel, Richtstrahltelephonie),
- Einführung des internationalen halb- und vollautomatischen Telephonverkehrs,
- vollständige Automatisierung des schweizerischen Telephonnetzes,
- Einführung der Autotelephonie und des Autorufes,
- Ausbau und teilweise Automatisierung der Telephon-Spezialdienste, Telephonverbindungen mit der Rheinschiffahrt und mit Schiffen auf hoher See,
- Automatisierung des Telegraphen- und Telexbetriebes und Ausbau der europäischen und interkontinentalen Verkehrsbeziehungen,
- Vereinheitlichung und Modernisierung der Telegraphenapparate und Übertragungsmittel (Fernschreiber, Mehrfachtelegraphie usw.),
- Einführung der Bildtelegraphie und Faksimileübertragung,
- Ausbau des Telephon- und UKW-Rundspruchs,
- Einführung und Ausbau des Fernsehens,
- Einführung elektronischer Datenverarbeitungsmaschinen.

b. Verdrängung der Verwaltungsdienste aus der Hauptpost

Die zweite Ursache für die Raumnot der Generaldirektion besteht darin, dass ihr ursprünglicher Hauptsitz, die Hauptpost, immer mehr zu einem Betriebsgebäude geworden ist. Die technischen Anlagen von Telephon, Telegraph und Radio dehnen sich gewaltig aus, greifen von einem Stock auf den andern

über, bis sie nun von oben her den 1. Stock und das Erdgeschoss erreicht haben. Seit 1943 musste die Generaldirektion von ihren Büroräumen in der Hauptpost 2831 m² dem TT-Betrieb abtreten.

Trotzdem leidet das Telegraphenamt Bern in der Hauptpost heute wieder unter Raumnot und bedarf dringend der Erweiterung. Sein Verkehr nimmt ständig zu, und die Zahl der Telexteilnehmer und der Telegraphenleitungen vermehrt sich fortwährend:

	1940	1962
Leitungen	45	548
Telexteilnehmer	9	542
Telegramme	800 000	2 048 000

Der Personalbestand stieg von 96 im Jahre 1950 auf 161.

Schlimm sind die Arbeitsverhältnisse ebenfalls bei den Betriebsdiensten der Radio-Schweiz. Bei ungefähr gleicher Raumgrösse haben sich ihre Anlagen in der Hauptpost in den letzten 10 Jahren verdoppelt, und der Personalbestand stieg von 65 auf 140 Bedienstete an. In einem Betriebsraum sind zum Beispiel auf einer Fläche von 112m² gegen 70 Apparate aufgestellt, so dass dort während der Hauptverkehrszeit für eine Person nurmehr ein Bewegungs- und Bedienungsraum von 2 m² verbleibt! Dabei ist dieser Betrieb in voller Entwicklung begriffen und benötigt ständig mehr Personal und mehr Apparate.

Da eine Verlegung der technischen Betriebe des Telephons, des Telegraphenamtes sowie der Radio-Schweiz sehr kostspielig wäre, müssen ihnen die letzten Büros der Generaldirektion im ersten Stock der Hauptpost zur Verfügung gestellt werden (1700 m²). Die Raumnot der Telephon-, Telegraphen- und Radiobetriebe ist so gross, dass Hilfsdienste und örtlich trennbare technische Ausrüstungen an die Effingerstrasse und Aarbergergasse in Mietlokale verlegt werden mussten.

c. Auswirkungen des Bahnhofumbaues

Ein weiterer Grund, der die Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes verlangt, ist der Bahnhofumbau Bern. Die PTT sind gezwungen, den SBB für die Erweiterung der Geleiseanlagen und zur Erstellung des Aufnahmegebäudes im Herbst 1964 die alte Kavalleriekaserne und anfangs 1965 das Transitpostgebäude am Bollwerk abzutreten. Die heute dort einquartierte Kreispostdirektion Bern sowie das Checkamt Bern finden im Bürotrakt des gegenwärtig im Bau befindlichen Postbetriebsgebäudes am Bahnhof Bern (Bogenschützenstrasse) Unterkunft, wogegen für die Kreistelephondirektion Bern mit einem Raumbedarf von zirka 2500 m² Bürofläche eine Unterbringungsmöglichkeit fehlt. Wenn möglich sollte sich ihr endgültiger Standort nahe der Hauptbetriebsanlagen in der Hauptpost befinden, da ihr u.a. die direkte Betriebsführung obliegt. Auch ist auf die zahlreichen Kunden und Konzessionäre Rücksicht zu nehmen, die auf der Kreistelephondirektion vorsprechen; daher wäre es erwünscht, wenn sie im

Stadtzentrum bleiben könnte. Bis jedoch im Verwaltungsgebäude Speichergasse 6 die entsprechenden Büros durch den Bezug des neuen Gebäudes für die Generaldirektion frei werden, muss die Kreistelephondirektion ab Ende 1964 vorübergehend in Mietlokale verlegt werden.

Auch die Wertzeichenverkaufsstelle im Transitpostgebäude muss ihren Standort auf Ende 1964 verlassen. Ihr Postmarkenverkauf hat sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht, wobei ein erheblicher Teil an ihren Schaltern abgesetzt wird, da zahlreiche Kunden, darunter auch viele auswärtige, persönlich am Schalter kaufen. Aus diesem Grunde sollte die Wertzeichenverkaufsstelle möglichst in Bahnhofnähe verbleiben, so dass sich auch für sie das Gebäude Speichergasse 6 gut eignen würde. In der Zwischenzeit muss auch diese Dienstgruppe in Mietlokalen untergebracht werden.

Zusammenfassend ergibt sich mit aller Deutlichkeit, dass die Generaldirektion wegen der Personalzunahme, die eine Folge der Verkehrsvermehrung und der neu übertragenen Aufgaben ist, schon heute unter unbefriedigenden Verhältnissen geführt wird. Im Zeitpunkt, da die Verwaltungsdienste der Generaldirektion die Hauptpost verlassen müssen und die Kreistelephondirektion wegen des Bahnhofumbaues neu untergebracht werden muss, würde die Generaldirektion völlig zersplittert über das ganze Stadtgebiet von Bern verteilt sein, was nicht nur hohe Unkosten und grosse Zeitverluste verursachen, sondern einen geordneten Geschäftsgang weitgehend verunmöglichen würde. Ein öffentliches Unternehmen sollte aber, wie ein privater Betrieb, in der Lage sein, seine Dienste nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zweckmässig einzurichten. Dies ist nur möglich, wenn die wichtigsten Dienste der Generaldirektion an einigen wenigen Schwerpunkten konzentriert werden. Voraussetzung dazu ist der Bau eines neuen Gebäudes für die Generaldirektion PTT.

Die Gruppierung der Generaldirektion

Die zunehmende Grösse der Generaldirektion und die nach ihrer Art verschiedenen zentralen Betriebe verlangen eine Gruppierung nach Arbeitsbeziehungen, wobei bestimmte Dienste ohne wesentliche Nachteile ausserhalb der Hauptgebäude der Generaldirektion untergebracht werden können.

Folgende Zentren der Generaldirektion PTT bestehen bereits oder sind im Ausbau begriffen:

- Die zentrale Automobilwerkstätte bleibt in Bümpliz-Stöckacker.
- Die Postcheckabteilung ist im PTT-eigenen Gebäude an der Engehalde definitiv zusammengefasst.
- Die Magazine der zentralen Einkaufsstelle für das allgemeine PTT-Material bleiben im Handelshof im Wankdorffeld.
- Die Materialsektion (Beschaffungsbeamte) ist im PTT-Gebäude Viktoriaplatz, wo sie bis auf weiteres belassen wird.

– Die Abteilung Forschung und Versuche, die Abteilung Wertzeichen und Drucksachen, die Lochkartensektion (gegenwärtig noch in Zürich-Wiedikon) und die mobilen technischen Arbeitsgruppen der Radio- und Fernsehabteilung sowie der Linienabteilung werden auf dem Grundstück der Zentralmagazine für das Fernmeldewesen in Bern-Ostermundigen zusammengefasst. Einzelne Teile der Anlagen sind bereits bezogen, andere sind im Bau oder sollen demnächst begonnen werden.

Die nach diesem Unterkunftsplan verbleibenden Personalgruppen der Generaldirektion waren Ende 1962 in 12 verschiedenen Gebäuden untergebracht, nämlich in drei eigenen mit 7500 m² und in neun Mietobjekten mit 5400 m², wobei es sich in beiden Fällen um reine Büro-Nettoflächen handelt. Bei Annahme einer Personalvermehrung, die prozentual kleiner ist als in den vergangenen beiden Jahrzehnten und somit an der unteren Grenze liegt, muss für diese Personalgruppen mit folgenden Raumbedürfnissen gerechnet werden:

Ende 1962	13 000 m²
Ende 1968	16 000 m²
Ende 1975	20 000 m²

Bis Ende 1975 ergäbe sich somit folgender Raumbedarf:

nach den vorgehenden Ausführungen verbleibende Personalgruppen der Generaldirektion			20 000 m²
zusätzliche Raumansprüche wegen des Abbruchs der Transitpost für die Kreistelephondirektion Bern			2 500 m²
die Wertzeichenverkaufsstelle			900 m²
voraussichtlicher Raumbedarf an reiner Büro-Nettofläche Ende 1975			23 400 m²
Ende 1962 waren vorhanden:			
in PTT-eigenen Gebäuden		7 500 m²	
spätestens bis 1968 müssen die Büros der Generaldirektion in der Hauptpost dem Betrieb abgetreten werden mit	1 700 m²		
dagegen wird das Gebäude für die Abteilung Forschung und Versuche in Bern-Ostermundigen das Verwaltungsgebäude an der Speichergasse 6 voraussichtlich im Jahre 1967/68 entlasten um	1 300 m²	400 m²	
PTT-eigene Büro-Nettoflächen		7 100 m²	
in Mietobjekten		5 400 m²	12 500 m²
Total zusätzlicher Raumbedarf bis Ende 1975			10 900 m²

Ohne eigenen Verwaltungsneubau für die Generaldirektion wären Ende 1975 von den voraussichtlich 23 400 m² belegten Büroräumen deren 7100 m² in

eigenen Gebäuden und 16 300 m² in Mietlokalen untergebracht. Die Mietzinsbelastung würde schätzungsweise jährlich gegen 1,5 Millionen Franken betragen, und die Dienste wären auf wenigstens 18 verschiedene Standorte aufgesplittert.

Eine gewisse Verbesserung liesse sich durch die Überbauung des Postbahnhofes erzielen. Wir haben in der Botschaft vom 1. November 1960 über die Erstellung der Postbetriebsgebäude im Bahnhof Bern auf die Möglichkeit hingewiesen, den Postbahnhof westlich der Schanzenstrasse zu überbauen, und Ihnen zugesichert, die Vorlage auf dem üblichen Weg mit einer Botschaft zu unterbreiten, falls die Überbauung durch die Eidgenossenschaft erfolge. Die seitherigen Untersuchungen haben gezeigt, dass dieses Gebäude für die zukünftige Unterbringung der PTT-Verwaltungsdienste und als allfällige spätere Erweiterungsmöglichkeit der zentralen Postbetriebsdienste eine wichtige Rolle spielt und deswegen durch die Eidgenossenschaft erstellt werden sollte. Die Botschaft wird den eidgenössischen Räten in einem späteren Zeitpunkt zugehen, da das Projekt noch nicht fertig ausgearbeitet ist. Schon jetzt kann festgehalten werden, dass damit schätzungsweise 3000 m² reine Büro-Nettofläche gewonnen werden könnten, so dass Ende 1975 10 100 m² (statt 7100 m²) Büroräume in PTT-eigenen und ungefähr 13 300 m² (statt 16 300 m²), somit wesentlich mehr als die Hälfte der Dienste der Generaldirektion, in der Stadt Bern zerstreut in Mieträumen untergebracht wären.

Selbst dieser günstigere Fall zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes für die Generaldirektion PTT nicht mehr weiter aufgeschoben werden kann.

Die Wahl des Bauplatzes

Nachdem feststand, dass eine Zusammenfassung der in Frage stehenden Dienste der Generaldirektion am Bollwerk nicht möglich ist, haben sich die PTT-Betriebe während Jahren bemüht, einen geeigneten Bauplatz für ein neues Verwaltungsgebäude zu finden. Die wenigen noch verfügbaren Grundstücke im Stadtzentrum erwiesen sich als zu klein, und ein Ankauf von Abbruchobjekten musste wegen der viel zu hohen Landerwerbskosten ausser Betracht fallen. Es konnte jedoch aus zahlreichen Gründen nicht davon abgegangen werden, ein Projekt möglichst in der Nähe des Stadtzentrums zu planen. Mit der Entfernung von der City wachsen die Betriebsunkosten und mehren sich die Zeitverluste. Beim Bau eines Verwaltungsgebäudes ist ferner auf die Wohnverhältnisse des Personals, auf die Geschäftspartner und Amtsstellen, die intensive Beziehungen zur Generaldirektion unterhalten, auf die Dienstreisen der Beamten mit der Bahn und auf die Verkehrsverbindungen mit der Stadt Rücksicht zu nehmen. Das Grundstück muss ausserdem eine bestimmte Mindestfläche aufweisen, und die Landerwerbskosten dürfen einen angemessenen Rahmen nicht überschreiten.

Im Herbst 1955 wurden mit den Behörden der Stadt Bern die für einen Verwaltungsbau noch erhältlichen Plätze besichtigt. Nach eingehender Prüfung von Grundstücken im Neufeld, Fischermätteli, Sulgenbach, Monbijou, oberen

Murifeld, in der Villette, in Holligen, an der Papiermühlestrasse und der Wankdorfstrasse wurde das Areal Viktoriastrasse/Schönburgstrasse/Aargauerstalden als geeignetster Bauplatz festgestellt.

Es handelt sich um drei Grundstücke im Halte von insgesamt 14 653 m². Der Platz liegt nicht weit vom Stadtzentrum entfernt, nahe bei den Gebäuden der technischen Dienste der PTT in Bern-Ostermundigen und dem PTT-Gebäude am Viktoriaplatz. Er verfügt über gute Zufahrtsstrassen, liegt an einer leistungsfähigen Autobus- und in der Nähe einer Tramlinie. Schliesslich halten sich auch die Landerwerbskosten in einem vernünftigen Rahmen.

Die Projektwettbewerbe

Bevor über einen Landkauf näher verhandelt wurde, schrieb die Städtische Baudirektion II im Auftrage des Gemeinderates der Stadt Bern und im Einverständnis mit der Generaldirektion PTT in den Jahren 1956/57 einen Projektwettbewerb aus, um die städtebaulichen Möglichkeiten einer Überbauung mit einem Verwaltungsgebäude der Generaldirektion PTT abzuklären.

Das Preisgericht, das sich aus drei Vertretern der städtischen Behörden, drei Architekten sowie zwei Vertretern der PTT und einem Vertreter der Direktion der eidgenössischen Bauten zusammensetzte, kam zum Schluss, dass keiner der 79 eingereichten Vorschläge den städtebaulichen und betrieblichen Anforderungen entspreche. Die meisten Teilnehmer hatten Hochhäuser vorgeschlagen, die zwar betrieblich die günstigsten Lösungen ergeben hätten, jedoch aus städtebaulichen Gründen nicht zugelassen werden konnten. Auf Grund sorgfältiger, aus dem Wettbewerb hervorgegangener Überlegungen kam das Preisgericht zur Überzeugung, dass eine betrieblich gute Verwirklichung des Raumprogrammes unter Wahrung der städtebaulichen Forderungen möglich sei. Es empfahl den ausschreibenden Behörden, einen zweiten, engern Wettbewerb mit einer Höhenbeschränkung durchzuführen.

Unter den hierauf eingegangenen 14 Projekten wies ein Entwurf die beste Lösung auf, obschon er wegen einer geringfügigen Überschreitung der vorgeschriebenen Gebäudehöhe gegen die Programmbestimmungen verstiess. Das Preisgericht erkannte dem Entwurf den ersten Rang zu, schloss ihn aber von der Prämiierung aus. Es beantragte, die Verfasser dieses Projektes, die Architekten Hotz und Kollbrunner, Zürich, zur Weiterbearbeitung der Bauaufgabe beizuziehen. Sie wurden in der Folge von der Direktion der eidgenössischen Bauten mit der Projektierung betraut.

Der Landerwerb

Auf Grund der Ergebnisse der beiden Wettbewerbe konnte die Generaldirektion PTT an den Landerwerb herantreten.

Eine Parzelle ist Eigentum der Einwohnergemeinde Bern, die beiden andern gehören Herrn Glauser in Bern. In der Volksabstimmung vom 23./24. Mai 1959

stimmte die Einwohnergemeinde der Stadt Bern dem Verkauf der in Betracht stehenden Parzelle von 8440 m² zum Preise von 300 Franken für den Quadratmeter zuzüglich Zins zu 3½ Prozent ab 1. Januar 1960 bis zum Tage der Kaufpreiszahlung zu; am 27. Dezember 1960 wurde der Kaufvertrag abgeschlossen.

Herr Glauser veräusserte, nachdem den PTT-Betrieben das Recht zur Enteignung gewährt worden war, mit Vertrag vom 15. Mai 1961 zwei angrenzende Grundstücke von insgesamt 6213 m² zum Preise von 321.35 Franken für den Quadratmeter, der sich um den ab 1. Januar 1962 laufenden Zins erhöht.

Beide Verträge wurden von der Generaldirektion PTT unter der Bedingung abgeschlossen, dass die eidgenössischen Räte den Objektkredit für den Landerwerb und die Erstellung des projektierten Generaldirektionsgebäudes PTT bewilligen. Die Verkäufer haben sich gegenüber den PTT-Betrieben ein Rückkaufsrecht gesichert, indem die Verträge ohne Entschädigungspflicht dahinfallen,

- gegenüber der Einwohnergemeinde Bern, wenn mit den Bauarbeiten nicht bis 31. Dezember 1964 begonnen wird, und
- gegenüber Herrn Glauser, falls die eidgenössischen Räte den Objektkredit für den Landerwerb und die Erstellung des projektierten Generaldirektionsgebäudes nicht bis zum 31. Dezember 1963 bewilligen.

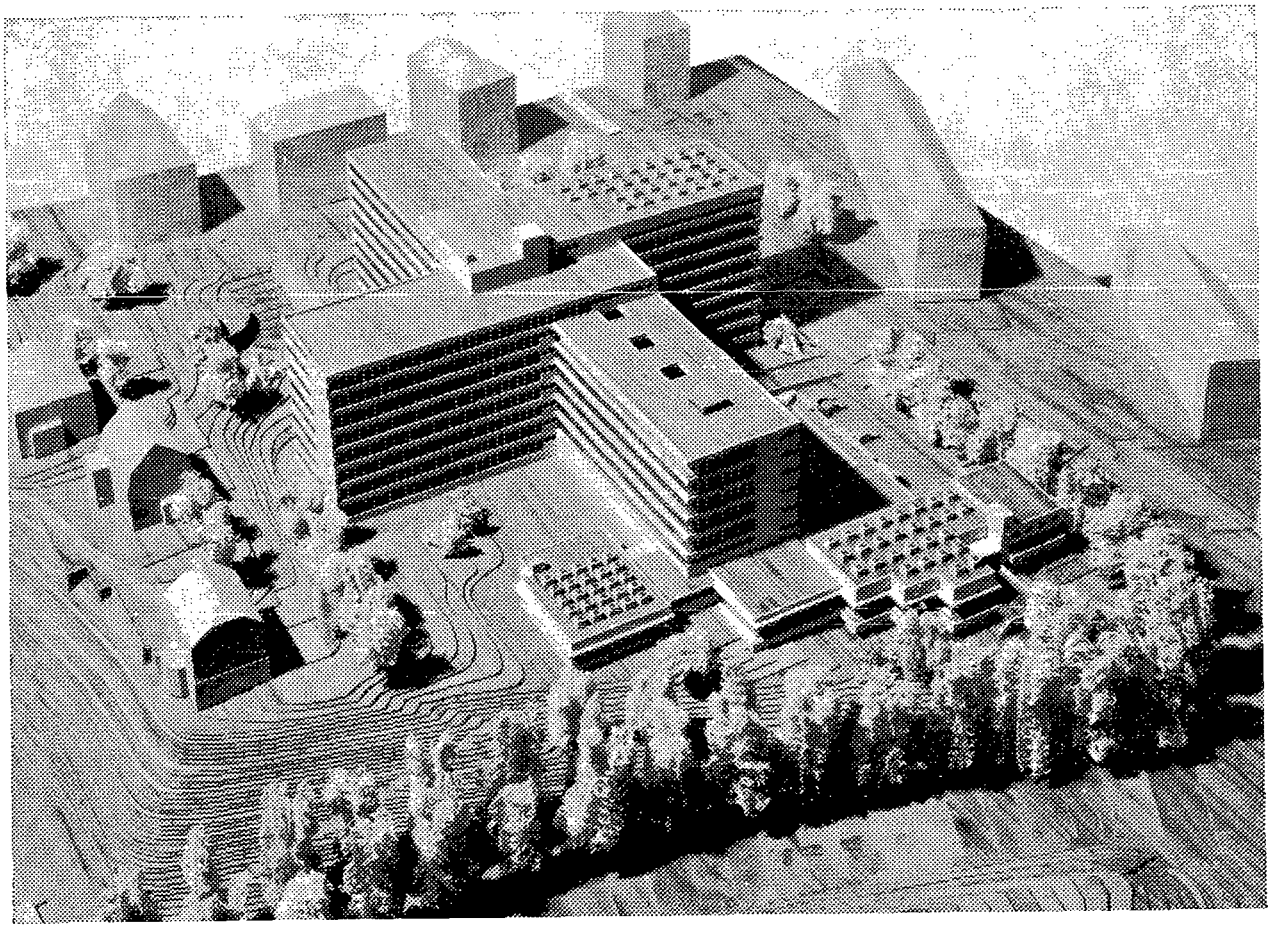
Der Objektkreditbedarf für den Ankauf der drei Grundstücke beträgt:

			Franken
Einwohnergemeinde Bern	8 440 m²	Kaufpreis	2 532 000
Herr Glauser	6 213 m²	Kaufpreis	1 996 656
	14 653 m²		4 528 656
Staatsabgaben, Grundbuch, Vermessung, Verschreibungsgebühren Verzinsung			591 344
		Erforderlicher Gesamtkredit	5 120 000

Der Quadratmeter kommt somit, inbegriffen Zinsen und Gebühren, auf 349.40 Franken zu stehen, was als günstig bezeichnet werden kann.

Das Bauprojekt

Das erste Projekt wurde im Sommer 1959 mit der Städtischen Kommission zur Begutachtung ästhetischer Fragen, dem Städtischen Verkehrsausschuss, der Beratungsstelle für Unfallverhütung sowie den Instanzen der Feuerpolizei und der Brandversicherungsanstalt besprochen und bereinigt. Eine erste öffentliche Planauflage führte zu Einsprachen einiger Anstösser und des Heimatschutzverbandes, welche die Bauhöhe und die Baumasse des Gebäudes beanstandeten. Die PTT kamen den Einsprechern insofern entgegen, als sie die Gebäudehöhe bei gleichbleibender Stockwerkzahl um 3,5 m herabsetzten und den Bau um weitere 5 m von den Wohnhäusern wegrückten.



Modell des projektierten Gebäudes für die Generaldirektion PTT aus der Richtung Rosengarten

Das Projekt, wie es heute vorliegt, sieht ein Verwaltungsgebäude, einen Konferenztrakt und ein Wohlfahrtsgebäude mit folgender Einteilung vor:

Verwaltungsgebäude	
II. Untergeschoss	Einstellhalle für 160 Autos und 100 Motorroller
	Trafostation
	Notstromgruppe
	Schutzräume
	Heizanlage
I. Untergeschoss	Garage für 17 Dienstfahrzeuge
	Velogarage
	Anlieferung und Spedition mit Packraum
	Telephonzentrale
	Hilfsräume für Bibliothek und Plandruckerei
	Zentralarchiv
	Zentralmagazin
	Elektrowerkstatt
Erdgeschoss	Eingangshalle mit Portierloge und Warteraum
	Postbüro
	Zentralregistratur
	Bibliothek
	Plandruckerei
1.–8. Obergeschoss	Büros
Konferenztrakt	Konferenzsaal für 200 Personen
	Nebenräume
Wohlfahrtsgebäude	
II. Untergeschoss	Trafostation mit Messraum
	Wohnungskeller
I. Untergeschoss	Küche
	Materiallieferung und -kontrolle
	Vorratsraum
	Kühlräume
	Personalraum mit Garderoben
	Waschküche und Tröckneraum für die Dienstwohnungen
Erdgeschoss	Selbstbedienungsbuffet
	Essraum mit 230 Plätzen
	Terrasse
	Wohnräume der zwei Dienstwohnungen
I. Obergeschoss	Schlafräume der Dienstwohnungen.

Das Verwaltungsgebäude ist kreuzförmig angelegt und weist nach Norden acht Obergeschosse, nach Süden und Westen sieben und nach Osten sechs Obergeschosse auf.

Der Konferenzsaal ist als Erdgeschosspavillon an den Ostbau des Hauptgebäudes angebaut und kann von der Eingangshalle wie auch vom Wohlfahrtsgebäude direkt erreicht werden. Er dient für PTT-Konferenzen, wird aber auch anderen Verwaltungen und insbesondere dem Weltpostverein zur Verfügung stehen, der in Bern mangels geeigneter Räume keine grossen Konferenzen mehr durchführen kann. Es ist vorgesehen, im Saal eine Anlage für Simultanübersetzung einzubauen.

Das Wohlfahrtsgebäude ist dem Hauptbau östlich angegliedert; es ist so geplant, dass die Bediensteten der Generaldirektion die Möglichkeit haben, schichtweise eine Mahlzeit einzunehmen.

Alle drei Gebäude sollen in Eisenbetonskelettbau erstellt werden.

Die Baugrundverhältnisse können als normal bezeichnet werden. Für ein Bauvorhaben mit einer Totallast von rund 12 000 t und mit Pressungen bis zu 21 t/m² ergeben sich jedoch zwangsläufig Fundierungsprobleme. Eine Expertise ergab aber, dass für den Verwaltungsbau anstelle einer Pfahlgründung eine Flachgründung genügt.

In den Einstellhallen der beiden Untergeschosse können 160 Personenwagen des Personals und 17 Dienstfahrzeuge parkiert werden. In der Dienstgarage befinden sich ein Wagenwaschraum und eine Tankstelle. Dort liegt auch die Verladerampe für den Zubringerdienst, die durch einen Warenaufzug mit dem internen Postbüro und über die zentralen Aufzüge mit dem ganzen Bau verbunden ist. Vom Postbüro gelangen die Akten in die danebenliegende Registratur und von dort über die Aktenaufzüge zu den Abteilungen.

Für den Betriebsschutz sind Luftschutzräume und die dazugehörigen Hilfsräume (Sanitätszimmer, Entgiftung usw.) sowie zwei künstliche Löschwasserbassins mit je 70 m³ Inhalt vorgesehen.

Die einzelnen Stockwerke sind durch zwei Treppenhäuser, sechs Personenaufzüge für je acht Personen und zwei Warenaufzüge verbunden. In den Obergeschossen des Verwaltungstraktes befinden sich rund 550 Büros, kleinere Konferenzzimmer und Aktenvermittlungsräume. Mit Ausnahme der Kanzleien und Zeichnungssäle sind in der Regel zwei bis vier Arbeitsplätze pro Büro vorgesehen. Die Chefbeamten haben Anspruch auf ein Einerbüro.

Die Kosten

Die Baukosten betragen nach dem detaillierten Voranschlag vom 1. August 1960 (Baukostenindex 227):

	Franken
Verwaltungstrakt	33 915 600
Konferenztrakt	634 200
Wohlfahrtstrakt und Dienstwohnungen . .	2 450 850
Aufrundung und Unvorhergesehenes . . .	218 350
	37 219 000

Leider ist in der Zwischenzeit der Baukostenindex wesentlich gestiegen, so dass die Festlegung der Höhe des Objektkredites nach den Berechnungen vom 1. August 1960 ein falsches Bild ergäbe. Deswegen nehmen wir als Grundlage den im Zeitpunkt der endgültigen Bereinigung der Botschaft bekannten Baukostenindex vom 1. Oktober 1962 mit 260,9 Punkten.

Die Baukosten betragen:	Nach Voranschlag vom 1. August 1960	Nach dem letzten Baukostenindex vom 1. Oktober 1962
	Index 227	260,9
	Fr.	Fr.
Verwaltungstrakt	33 915 600	38 900 000
Konferenztrakt	634 200	725 000
Wohlfahrtstrakt und Dienstwohnungen	2 450 850	2 901 300
Aufrundung und Unvorhergesehenes	218 350	253 700
	37 219 000	42 780 000
Diese Baukosten verteilen sich:		
Gebäudekosten	34 144 650	39 500 000
ausserordentliche Fundationskosten	805 000	900 000
Umgebungsarbeiten und Verschiedenes	2 269 350	2 380 000
	37 219 000	42 780 000

Zu den im detaillierten Voranschlag vom 1. August 1960 errechneten Baukosten (ohne Aufrundung und Unvorhergesehenes) von	37 000 650
kommt die Teuerung bis 1. Oktober 1962 dazu mit	5 525 650
so dass die Baukosten betragen	42 526 300
Aufrundung und Unvorhergesehenes	253 700
	42 780 000
dazu die Kosten des Landerwerbes mit	5 120 000
ergibt einen Objektkreditbedarf von	47 900 000

Beurteilung des Projektes

a. Städtebaulich

Durch den Baulinienplan wurden die alten Baulinien aufgehoben, besonders jene für das Teilstück der heutigen Schänzlistrasse zwischen Schönburg- und Viktoriastrasse, die in das Baugrundstück einbezogen wird. Als Ersatz für diese Verbindung steht die Schönburgstrasse zur Verfügung. Der in der Volksabstimmung vom 3./4. Dezember 1960 angenommene und vom Regierungsrat genehmigte Baulinienplan sieht ferner Verbreiterungen der Schönburg- und Vik-

toriastrasse vor, und zwar einseitig auf dem Gebiet des Verwaltungsgebäudes. In den Sonderbauvorschriften wurde die bisherige Bauklassenzuteilung aufgehoben. Die Gebäude dürfen nun maximal neun Geschosse aufweisen. Die bauliche Ausnützung der Liegenschaften der Einsprecher wurde durch den Baulinienplan nicht eingeschränkt.

Durch den Verzicht auf einen massiven Blockbau wirkt das Gebäude nach aussen aufgelockert und lässt verhältnismässig grosse Flächen für Grünanlagen frei. Die nordöstliche, südwestliche und zum Teil auch die südöstliche Geländeecke bleiben unüberbaut. Dieser Vorteil für die benachbarten Wohnbauten ist durch den Baulinienplan gesichert, da die Baulinien weitgehend der Gebäudeform angepasst wurden. Somit können von den Wohngebäuden Abstände eingehalten werden, die trotz der erhöhten Geschosszahlen des Neubaues Beeinträchtigungen ausschliessen. Weil das Projekt bewusst eine lange Bauflucht längs der Strassen vermeidet, behindert das neue Gebäude die Besonnung der benachbarten Wohnhäuser nicht.

Für die Behörden der Stadt Bern und die Generaldirektion PTT war es im weiteren ein ernstes Anliegen, dafür zu sorgen, dass das neue Verwaltungsgebäude das Stadtbild nicht stört. Die sachliche Abklärung hat ergeben, dass infolge der Beschränkung der Bauhöhe das charakteristische Altstadtbild selbst von markanten Standorten aus nicht beeinträchtigt wird.

Wir dürfen deshalb festhalten, dass die Bauherrschaft alles Zumutbare unternommen hat, um eine ästhetisch befriedigende Lösung zu ermöglichen.

b. Verkehrsmässig

Auch in verkehrstechnischer Hinsicht wurde eine gute Lösung gefunden. Die Benützer der öffentlichen Verkehrsmittel erreichen das Verwaltungsgebäude von der neben dem Haupteingang liegenden Bushaltestelle oder von der Tramhaltestelle Viktoriaplatz aus. Vor dem Haupteingang liegt ein Parkplatz für 15 Autos von Besuchern. Der Velofahrer findet die Abfahrtsrampe zum Einstellraum an der Schönburgstrasse, und über eine Rampe an der gleichen Strasse gelangen die motorisierten Bediensteten in die Einstellhallen im II. und I. Untergeschoss; auch der Zubringerdienst benützt diesen Weg. Die neuausgebaute Kreuzung Laubeggstrasse/Viktoriastrasse/Aargauerstalden/Papiermühlestrasse wird mithelfen, die An- und Abfahrt des motorisierten Personals zu beschleunigen.

c. Unterbringung

In den Obergeschossen des Verwaltungstraktes werden rund 550 Büros mit ca. 14 300 m² und 900 m² Aktenvermittlungsräume und Konferenzzimmer bereitgestellt. Die Plandruckerei, die Bibliothek, die zentrale Registratur, das Postbüro, die Hauszentrale, die Archive und Garagen mit total 96 Personen sind im Erdgeschoss und in den Untergeschossen untergebracht und belasten die Verwaltungsbüros in den Obergeschossen nicht.

In den Obergeschossen des Verwaltungsgebäudes stellt das Projekt mindestens 1100 Arbeitsplätze bereit. Davon wären am 1. Januar 1963 von der Generaldirektion PTT 830 besetzt worden.

Diese Zahlen zeigen, dass der Neubau über keine wesentlichen Raumreserven verfügt und einige Jahre nach dem Bezug, mit dem auf 1968 gerechnet wird, voll belegt sein dürfte. Es ist jedoch aus praktischen Gründen ausgeschlossen und organisatorisch auch nicht notwendig, die Generaldirektion, deren Personal wegen der Zunahme des Verkehrs und der Übertragung neuer Aufgaben voraussichtlich auch in Zukunft vermehrt werden muss, auf Jahrzehnte hinaus in einem einzigen riesigen Gebäude unterzubringen. Die PTT-eigene Liegenschaft am Viktoriaplatz mit Raum für 155 Beamte steht später für die Aufnahme von Teilen der Generaldirektion zur Verfügung, und im Laufe der Jahre wird das Gebäude Speichergasse 6 mit Raum für 575 Büro-Arbeitsplätze vorerst teilweise und schliesslich ganz für die Unterbringung von Diensten der Generaldirektion herangezogen werden können, unter der Voraussetzung allerdings, dass sich die Überbauung des Postbahnhofes mit einem Betriebs- und Verwaltungsgebäude verwirklichen lässt.

Mit dieser Lösung lassen sich alle Dienste der Generaldirektion — abgesehen von der bereits erwähnten zentralen Automobilwerkstätte, der Postcheckabteilung, den Magazinen, der Abteilung Forschung und Versuche, der Abteilung Wertzeichen und Drucksachen sowie der Lochkartensektion, die in besonderen Zentren zusammengefasst sind — auf lange Zeit hinaus auf höchstens drei Gebäude zweckmässig konzentrieren.

Beim Kreditbedarf von 47,9 Millionen Franken handelt es sich für ein Verwaltungsgebäude um einen hohen Betrag. Man muss sich jedoch vergegenwärtigen, dass erst diese Organisation einen rationellen Arbeitsablauf ermöglichen und sich durch einen grösseren Arbeitsertrag auch finanziell vorteilhaft auswirken wird. Mit dem Bezug des neuen GD-Gebäudes werden ferner in der Stadt Bern mit einem Schlag von den PTT-Betrieben für die Unterbringung der Generaldirektion gemietete Büros und andere Räume frei, d.h. ca. 10 000 m², was den Mietmarkt Berns wesentlich entlasten dürfte, und ferner werden jährlich mehr als 500 000 Franken Mietzinse dahinfallen, welche dannzumal die PTT-Betriebe für ihre auswärtig einquartierten Dienste bezahlen müssten. Sollte dagegen die Erstellung des neuen GD-Gebäudes scheitern, würden der Privatwirtschaft diese Mietflächen nicht nur weiter entzogen, sondern sie müssten im Laufe der folgenden Jahre noch wesentlich vergrössert werden, was wiederum eine entsprechende Belastung des Baugewerbes zur Folge hätte.

Pläne und Botschaft für das neue GD-Gebäude lagen bereits im Frühjahr 1962 vor. Der Bundesrat hat jedoch wegen der von ihm verfügten Massnahmen zur Dämpfung der Baukonjunktur das Projekt ein Jahr zurückgestellt, obschon dieses seit Jahren hängig ist und zweifelsohne als dringend betrachtet werden muss. Eine weitere Hinausschiebung ergibt sich, weil ein Baubeginn im Jahre 1963 für ausgeschlossen betrachtet werden muss. Gesamthaft ist festzustellen, dass beim vorliegenden Projekt mit Rücksicht auf die Hochkonjunktur alles

Zumutbare vorgekehrt worden ist und eine weitere Verzögerung des Baubeginns — abgesehen von den grossen organisatorischen und finanziellen Nachteilen, die sich ergäben — auch konjunkturpolitisch kaum mehr einen Vorteil brächte. Schliesslich würde man bei einer weiteren Verschiebung riskieren, dass die Grundstücke entsprechend der Bedingung in den Kaufverträgen an die Verkäufer zurückfielen und damit das Gebäude für die Generaldirektion an diesem Ort nicht mehr erstellt werden könnte.

Der Delegierte für Arbeitsbeschaffung erhebt keine Einwendungen gegen die Erstellung des Gebäudes, nachdem der Baubeginn schon einmal aus konjunkturpolitischen Gründen hinausgeschoben worden ist.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen, den beiliegenden Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Bewilligung eines Objektkredites für den Erwerb von Land und die Erstellung eines Gebäudes für die Generaldirektion PTT in Bern anzunehmen.

Über die Verfassungsmässigkeit der Vorlage sind folgende Feststellungen zu machen. Die Zuständigkeit der Bundesversammlung ergibt sich aus Artikel 13, Buchstabe *a* des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1960 über die Organisation der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe [1]) das sich seinerseits auf Artikel 36 der Bundesverfassung stützt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 26. Februar 1963.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Spühler

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

[1]) AS **1961**, 17.

(Entwurf)

Bundesbeschluss

über

die Bewilligung eines Objektkredites für den Erwerb von Land und die Erstellung eines Gebäudes für die Generaldirektion PTT in Bern

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 26. Februar 1963,

beschliesst:

Art. 1

[1] Für den Erwerb von Land und die Erstellung eines Gebäudes für die Generaldirektion PTT in Bern wird ein Objektkredit von 47 900 000 Franken bewilligt.

[2] Am Bauprojekt dürfen im Rahmen des Objektkredites noch jene Änderungen vorgenommen werden, die sich nachträglich als notwendig erweisen.

Art. 2

[1] Dieser Beschluss ist nicht allgemein verbindlich und tritt sofort in Kraft.

[2] Der Bundesrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

6687

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bewilligung eines Objektkredites für den Erwerb von Land und die Erstellung eines Gebäudes für die Generaldirektion PTT in Bern (Vom 26. Februar 1963)

In Dans In	Bundesblatt Feuille fédérale Foglio federale
Jahr Année Anno	1963
Band Volume Volume	1
Heft Cahier Numero	08
Geschäftsnummer Numéro d'affaire Numero dell'oggetto	8435
Datum Date Data	01.03.1963
Seite Page Pagina	299-321
Ref. No	10 042 012

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.
Le document a été digitalisé par les. Archives Fédérales Suisses.
Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.